

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 27. September 2024

Martin Habersaat:

Psychische Gesundheit ist ein Menschenrecht

TOP 14: Psychosoziale Versorgung der Schüler*innen langfristig sicherstellen

„Wir haben im Bereich der Schulpsychologie immer noch nicht das erreicht, was 1973 – also vor über 50 Jahren – von der KMK empfohlen wurde.“

Das beklage nicht ich, sondern der Verband Schleswig-Holsteinischer Schulpsycholog*innen (VSHS).

„Die Situation (in den Schulen) ist ohne zu übertreiben und Gutes herabzuwürdigen dramatisch!“

Das ist kein Oppositionsgemecker, sondern die Einschätzung des Verbands Schleswig-Holsteinischer Schulpsycholog*innen (VSHS).

„Mehrere der Kolleginnen und Kollegen, die im Rahmen des Sofortprogramms neu in der Schulpsychologie eingestellt wurden, haben wegen einer fehlenden Perspektive den Arbeitgeber leider bereits wieder gewechselt.“

Das kritisiert nicht der bildungspolitische Sprecher einer Oppositionsfraktion, sondern -Sie ahnen es- der Verband Schleswig-Holsteinischer Schulpsycholog*innen (VSHS). Nachzulesen ist das alles in Umdruck 20/3473, der Teil einer Anhörung des Bildungsausschusses war.

Diese Anhörung passierte nicht anlasslos.

Ein großer Teil unserer Schüler*innen klagt über psychische Belastungen, so dass sich die LSV und LEB zusammen mit den Schulsozialarbeitenden mit einem offenen Brief an den Bildungsausschuss wandten. Und in der Tat: Studien zeigen, dass die psychische Belastung von Schüler*innen auch nach der Pandemie auf hohem Level verbleibt; Schüler*innen, die von ganz anderen, unter Umständen gar existentielleren Fragen bewegt werden, haben kaum den Kopf für die Funktionsweise des Satz des Pythagoras oder eine Gedichtinterpretation von Eichendorffs „Mondnacht“. Sie brauchen zunächst psychosoziale Unterstützung, um gesund zu bleiben oder zu werden.

Darum müssen wir uns kümmern. Nicht nur aus einem Verantwortungsgefühl unserer erwachsenden Gesellschaft gegenüber unseren Kindern und Jugendlichen heraus, sondern auch als Pflicht, da Gesundheit, also auch psychische Gesundheit, ein grundlegendes Menschenrecht darstellt.

Wir wollen deshalb heute die Landesregierung beauftragen, die psychosoziale Versorgung in den Schulen langfristig sicherzustellen, indem

- die laufenden Befristungen der durch das Corona-Sofortprogramm eingestellten Schulpsycholog*innen aufgehoben werden;
- sich langfristig für ein Verhältnis von Schulpsycholog*in zu Schüler*innen von 1:5.000 eingesetzt wird;
- zeitnah Standards für die Schulsozialarbeit in Zusammenarbeit mit den Kommunen vereinbart und in einer Überarbeitung des Orientierungsrahmens zur Schulsozialarbeit verankert werden;
- die Stellenausstattung der Schulsozialarbeit anhand einer landesweiten Bedarfsplanung angepasst wird.

Die Notwendigkeit wird übrigens auch an einer anderen Zahl deutlich: Die Zahl der Gewalttaten an unseren Schulen ist von 83 Fällen im Schuljahr 2022/23 auf 181 Fälle im Schuljahr 2023/24 gestiegen, wie die Kleine Anfrage meiner FDP-Kollegin Annabell Krämer ergab (Drucksache 20/2414). Ein Plus von 118 Prozent!

Schule ist ein Ort, in den psychische Belastungen mit hineingetragen werden. Schule ist aber auch ein Ort, an dem psychische Belastungen entstehen, sei es durch Leistungsdruck, soziale Konflikte, Zukunftssorgen oder anderes.

Vor allem aber ist Schule ein Ort, an dem alle Kinder und Jugendliche erreichbar sind, daher muss Schule auch der Ort sein, an dem sich um den Erhalt psychischer Gesundheit gekümmert wird. Denn ausreichende psychosoziale Unterstützung ist ein Baustein zum Bildungserfolg unserer Schüler*innen

Glücklicherweise haben wir in diesem Landtag inzwischen einen Konsens, dass Lehrkräfte dies nicht allein leisten können, sondern dass wir multiprofessionelle Teams brauchen.

Das ist richtig und wichtig, denn ausreichende psychosoziale Unterstützung an Schulen ist auch ein Baustein zur Entlastung unserer Lehrkräfte. Die Probleme der Schüler*innen erst nehmen, heißt eben auch, ihnen eigens für solche Fälle ausgebildete Fachkräfte in solchen multiprofessionellen Teams zur Seite zu stellen.

Nur, und damit komme ich an den Anfang meiner Rede: Wir müssen diesen Professionen dann auch zuhören.“